



Bundesministerium des Innern und für Heimat, 11014 Berlin

Herrn
Arne Semsrott
c/o Open Knowledge Foundation Deutschland e.V.
Singerstraße 109
10179 Berlin

arne.semsrott@okfn.de

Alt-Moabit 140
10557 Berlin
Postanschrift
11014 Berlin
Tel +49 30 18 681
Fax +49 30 18 681

bearbeitet von:

IFG@bmi.bund.de
www.bmi.bund.de

**Informationsfreiheit - Dokumente, die Datensammlungen
zu Corona-Demonstrationen beinhalten [#238666]**

Ihr Antrag vom 17. Februar 2022
ZII4-13002/4#3312
Berlin, 1. März 2022
Seite 1 von 4

Sehr geehrter Herr Semsrott,

mit E-Mail vom 17. Februar 2022 beantragen Sie beim Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) auf Grundlage des Informationsfreiheitsgesetzes (IFG) die Übersendung folgender Informationen:
sämtliche Dokumente, die Datensammlungen zu Corona-Demonstrationen beinhalten.

Das BMI nutzt freiwillige Informationen verschiedener – nicht aller- Bundesländer, die originär zuständig für das Versammlungsgeschehen sind, um im Rahmen der allgemeinen, täglichen Berichterstattung neben anderen Themen auch den Themenkomplex „Veranstaltungslage COVID-19“ abzubilden. Eine Informationsverpflichtung an das BMI existiert nicht. Ein vollständiger Überblick über alle registrierten Demonstrationen in der Bundesrepublik Deutschland ist aufgrund des bisherigen Informationsaustauschs nicht gegeben. Die Berichterstattung erfolgt über das Versammlungsgeschehen des Vortags.

Die Herausgabe von Informationen wie auch der zugrunde liegenden Meldungen der Bundesländer kann nach gem. §§ 3 Nr. 3b und Nr. 4 IFG nicht erfolgen.

Nach § 3 Nr. 4 IFG besteht kein Anspruch auf Informationszugang, wenn die Information einer durch Rechtsvorschrift oder durch die Allgemeine Verwaltungsvorschrift zum materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlussachen geregelten Geheimhaltungs- oder Vertraulichkeitspflicht oder einem Berufs- oder besonderen Amtsgeheimnis unterliegt. Die Einstufung wurde anlässlich der Informationsbitte nochmals geprüft. Gründe für die Rücknahme der Einstufung sind, auch vor dem Hintergrund, dass in den Dokumenten neben COVID-19 auch andere eingestufte Themen enthalten sind, jedoch nicht ersichtlich.

Die vorliegenden Informationen sind als Verschlussache „VS - Nur für den Dienstgebrauch“ nach § 2 Absatz 2 Nr. 4 Verschlussachenanweisung Bund eingestuft. Die Einstufung erfolgte, da die Kenntnisnahme durch Unbefugte für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder nachteilig sein kann. Zudem sind auch die Informationen der Ursprungsquellen, aus denen die Dokumente erstellt wurden, bereits entsprechend eingestuft. Eingestufte Inhalte dürfen nur Personen zugänglich gemacht werden, die aufgrund ihrer Dienstpflichten von diesen Kenntnis haben müssen, und sind nicht für die Veröffentlichung bestimmt. Die einschlägigen Dokumente enthalten Informationen, die von den zuständigen Behörden der Länder zur Verfügung gestellt wurden und bereits von diesen als „VS-Nur für den Dienstgebrauch“ eingestuft wurden.

Die Veröffentlichung von Dokumenten zum Versammlungsgeschehen i.Z.m. COVID-19 könnte dazu führen, dass in der noch nicht beendeten Krisensituation diese Informationen, in einen - auch sachfremden - Kontext mit anderen öffentlich zugänglichen Informationen (auch unklarer Herkunft/Quelle) gestellt werden. Dies umso mehr, wenn man die modernen Verbreitungsmöglichkeiten (z.B. über soziale Medien) sowie die technischen Veränderungsmöglichkeiten zum Zwecke der Desinformation (etwa eine Verfälschung der enthaltenen Teilnehmerzahlen, um die Proteste entsprechend aufzuwerten oder durch Hinzufügen unwahrer Tatsachen, um die begleitenden Ordnungskräfte zu diskreditieren) mit dem Ziel einer Eskalation der Situation mitberücksichtigt. Desinformation und Eskalation beeinträchtigen die behördliche Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse, da diese die so erzwungene Situation nun mitberücksichtigen müssen. Der Schutz eines unbefangenen und freien Meinungs- und Informationsaustauschs innerhalb von Behörden und zwischen verschiedenen Behörden kann damit so beeinträchtigt werden, dass eine effektive, funktionsfähige und objektive Entscheidungsfindung gerade in der noch laufenden Lage gefährdet ist. Zudem bedeutet eine Eskalation des Versammlungsgeschehens eine konkrete Gefahr für die Innere Sicherheit.

All dies ist gem. Verschlussachenanweisung „nachteilig für die Interessen der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder“.

Der Anspruch auf Informationszugang nach § 3 Nr. 3b IFG besteht zudem nicht, wenn und solange die Beratungen von Behörden beeinträchtigt werden.

Die Informationen zum Demonstrationsgeschehen sind für die Empfänger eine gemeinsame, amtlich erstellte und aufbereitete Basis für Beratungen und Beschlussfassungen. Beratung umfasst Vorgänge interner behördlicher Meinungsäußerung und Willensbildung, die sich inhaltlich auf die Entscheidungsfindung beziehen. Dem Schutz der Beratung unterfallen Interessenbewertungen und die Gewichtung einzelner Abwägungsfaktoren, deren Bekanntgabe Einfluss auf den behördlichen Entscheidungsprozess haben könnten. Vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Corona-Situation das Handeln der Regierungen in der Bundesrepublik Deutschland nicht zuletzt aufgrund der Entwicklungen in Europa und letztlich weltweit bestimmt und auch in der Öffentlichkeit eine sehr kontroverse, emotionale und mittlerweile aggressive Diskussion - nicht zuletzt über das richtige Regierungshandeln - geführt wird, sind die dem Beratungsprozess zugrundeliegenden Informationen, im Gegensatz zu Informationen aus abgeschlossenen Vorgängen, besonders schützenswert. Zukünftige Beratungen sollen in ihrer Sachbezogenheit bzw. Folgerichtigkeit nicht beeinträchtigt werden. Die zukünftigen Beratungen berücksichtigen auch die Entwicklungen und Erfahrungen vergangenen Demonstrationsgeschehens. Entscheidungen werden in diesem Licht und damit verbundener Entwicklungen entsprechend getroffen. Eine Veröffentlichung solcher Dokumente und der zugrundeliegenden Länderinformationen kann daher dazu führen, dass die bestehende emotionale und in Teilen aggressive öffentliche Diskussion zum Protest gegen die Corona-Maßnahmen - insbesondere auch über soziale Medien und der bereits praktizierten Möglichkeit, Inhalte zu verfälschen - weiter eskaliert und sich auch der Protest weiter aggressiv verschärft. Zukünftige Beratungen und die entsprechenden Entscheidungsfindungen können aufgrund einer solchen, sich verschärfenden Entwicklung, die dann berücksichtigt werden muss, nicht unerheblich beeinträchtigt werden.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diesen Bescheid kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Widerspruch beim Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI), erhoben werden. Der Widerspruch kann schriftlich oder zur Niederschrift beim Bundesministerium des Innern und für Heimat, Alt-Moabit 140 in 10557 Berlin, oder elektronisch

1. mit einer qualifizierten elektronischen Signatur versehen durch E-Mail, an die E-Mail-Adresse Poststelle@bmi.bund.de, oder
2. durch eine De-Mail mit der Versandart nach § 5 Absatz 5 des De-Mail-Gesetzes an die De-Mail-Adresse Poststelle@bmi-bund.de-mail.de

erklärt werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



Hinweis zum Datenschutz

Bei der Bearbeitung wurden bzw. werden von Ihnen personenbezogene Daten verarbeitet.

Welche Daten zu welchem Zweck und auf welcher Grundlage verarbeitet werden, ist abhängig von Ihrem Anliegen und den konkreten Umständen. Weitere Informationen hierzu und über Ihre Betroffenenrechte finden Sie unter https://www.bmi.bund.de/DE/service/datenschutz/datenschutz_node.html auf der Internetseite des Bundesministeriums des Innern und für Heimat.